

Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung
Postfach 3269 | 55022 Mainz
mit Postzustellungsurkunde

NB

Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2100
poststelle@mwkel.rlp.de
www.mwkel.rlp.de

Landesregulierungsbehörde
Energie

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax	17. Juli 2013
XXX		Andreas Krüger	06131 16-2254	
Bitte immer angeben!		Andreas.Krueger@mwkel.rlp.de	06131 16-172254	

Festlegung zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten als volatiler Kostenanteil in der zweiten Regulierungsperiode nach § 29 Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a, § 11 Abs. 5 Anreizregulierungsverordnung (ARegV)

Festlegung

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a, § 11 Abs. 5 ARegV

wegen der Festlegung volatiler Kosten nach § 11 Abs. 5 ARegV zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten in der zweiten Regulierungsperiode

legt die Landesregulierungsbehörde Energie des Landes Rheinland-Pfalz (LRB) fest:

1. Alle Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen im hier genannten Zuständigkeitsbereich der LRB im Sinne des § 3 Nr. 3 EnWG, werden ab der zweiten Regulierungsperiode, beginnend am 01.01.2014, verpflichtet, die Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 3 ARegV derart vorzunehmen, dass die Differenz der Verlustenergiekosten zwischen dem Basisjahr für die zweite Regulierungsperiode (VK₀) und den ansatzfähigen Verlustenergiekosten, die sich aufgrund der vorgegebenen Berechnungsmethodik kalenderjährlich ergeben (VK_t), als volatile Kosten berücksichtigt wird.

2. Die ansatzfähigen Verlustenergiekosten des jeweiligen Kalenderjahres ergeben sich aus dem Produkt des Referenzpreises und der ansatzfähigen Menge. Die Berechnung des Referenzpreises erfolgt anteilig aus dem Baseload-Preis (76%) und dem Peakload-Preis (24%). Der Baseload-Preis ergibt sich dabei als tagesgenauer (ungewichteter) Durchschnittspreis, aller im Zeitraum 01.07.t-2 bis 30.06.t-1 gehandelten Phelix-Year-Futures (Baseload) für das Lieferjahr t. der Peakload-Preis ergibt sich als tagesgenauer (ungewichteter) Durchschnittspreis, aller im Zeitraum 01.07.t-2 bis 30.06.t-1 gehandelten Phelix-Year-Futures (Peakload) für das Lieferjahr t. Die ansatzfähige Menge ergibt sich aus der im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV anerkannten Höhe der Verlustenergiemenge des Basisjahres 2011. Die ansatzfähige Menge wird für die Dauer der zweiten Regulierungsperiode festgesetzt. Eine jährliche Anpassung der ansatzfähigen Menge findet nicht statt.
3. Ein Ist-Abgleich findet nicht statt.
4. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.
5. Die Festlegung ist bis zum 31.12.2018 befristet.
6. Für diese Entscheidung wird eine Gebühr in Höhe von 139,00 Euro festgesetzt.

Gründe

I.

Die LRB trifft mit der vorliegenden Festlegung eine Entscheidung zur Berücksichtigung von Verlustenergiekosten als volatile Kosten für die zweite Regulierungsperiode. Mit Verlustenergie wird die zum Ausgleich physikalisch bedingter Netzverluste benötigte Energie bezeichnet. Unter Verlustenergiekosten fallen damit Kosten der Beschaffung gemäß § 10 Abs. 1 StromNZV.

Die LRB hat den Stromnetzbetreibern in Ihrer Zuständigkeit die Einleitung eines Verfahrens nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV und § 11 Abs. 2 S. 5 ARegV mitgeteilt und die Anhörung der beabsichtigten Entscheidung eingeleitet.

Gemäß § 11 Abs. 5 S. 2 ARegV gelten beeinflussbare und vorübergehend beeinflussbare Kostenanteile, deren Höhe sich in einem Kalenderjahr erheblich von der Höhe des jeweiligen Kostenanteils im vorhergehenden Kalenderjahr unterscheiden, als volatile Kostenanteile, sofern dies die Regulierungsbehörde gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV festgelegt hat. Auch in der Begründung zu § 11 Abs. 5 werden insbesondere die Verlustenergiekosten als Netzbetriebskosten, die starken Schwankungen unterliegen können, genannt (BR Drs. 310/10(B), S. 17).

Positive Kostenbeeinflussungsmöglichkeiten im Sinne einer Senkung der Beschaffungskosten für die Verlustenergie verbleiben unter Beachtung der Vorgaben der LRB insbesondere bei folgenden Punkten:

- Ausschreibungszeitpunkte und -zeiträume
- Losgröße der Langfristkomponente
- Freistellung der Bildung von Ausschreibungsgemeinschaften
- Band- oder Profilbeschaffung

Durch volatile Energieeinkaufspreise kann es grundsätzlich zu Kostenschwankungen bei der Beschaffung von Verlustenergie kommen, die zu deutlichen Kostenüberdeckungen oder Kostenunterdeckungen in Bezug auf die im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV anerkannten Kosten des Basisjahres 2011 führen können. Deshalb erscheint es erforderlich, dass die Verlustenergiekosten jährlich angepasst werden. Da der Netzbetreiber aber einen Einfluss auf die Höhe der Beschaffungskosten hat, ist es zwingend erforderlich, die Kosten einer Effizienzkontrolle zu unterziehen.

Die LRB hat den betroffenen Netzbetreibern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Bis zum Ablauf der Stellungnahmefrist am 07. Juni 2013 sind bei der LRB insgesamt 4 Stellungnahmen von Unternehmen eingegangen.

II.

1. **Zuständigkeit**

Zuständige Regulierungsbehörde ist gemäß § 54 Abs. 2 Nr. 2 EnWG die Landesregulierungsbehörde, soweit Energieversorgungsunternehmen betroffen sind, an deren Elektrizitätsverteilernetze weniger als 100.000 Kunden unmittelbar oder mittelbar

angeschlossen sind und das Elektrizitätsverteilernetz nicht über das Gebiet eines Landes hinausreicht.

2. Rechtsgrundlage

Die Festlegung beruht auf § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV. Danach kann die LRB Festlegungen zu den Bereichen treffen, die nach § 11 Abs. 5 ARegV als volatile Kostenanteile gelten, insbesondere zum Verfahren, mit dem den Netzbetreibern oder eine Gruppe von Netzbetreibern Anreize gesetzt werden, die gewährleisten, dass volatile Kostenanteile nur in effizientem Umfang in der Erlösobergrenze berücksichtigt werden, sowie zu den Voraussetzungen, unter denen Kostenanteile als volatile Kostenanteile nach § 11 Abs. 5 ARegV gelten.

Der Widerrufsvorbehalt in Ziff. 4 des Tenors beruht auf § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG.

3. Formelle Anforderungen

Die formellen Anforderungen an die Rechtmäßigkeit der Festlegung sind erfüllt. Die LRB hat den betroffenen Netzbetreibern Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

4. Materielle Anforderungen

Die Voraussetzungen für den Erlass dieser Festlegung liegen vor. Die Festlegung zu den volatilen Kostenanteilen für Verlustenergiekosten ist erforderlich und geboten.

4.1 Festlegungszweck

Nach § 32 Abs. 1 ARegV kann die Regulierungsbehörde Festlegungen im Rahmen der Anreizregulierung treffen, wenn sie der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs und der in § 1 Abs. 1 EnWG genannten Zwecke dienen.

Die vorliegende Festlegung zu volatilen Kostenanteilen dient der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs gemäß § 32 Abs. 1 ARegV sowie §§ 20 - 21a EnWG, indem sie zuverlässige Rahmenbedingungen für den betroffenen Netzbetreiber hinsichtlich der sachgerechten Berücksichtigung von Kosten für Verlustenergie schafft. So wird die Gefahr massiver Über- oder Unterdeckungen bei den stark volatilen Beschaf-

fungskosten für Verlustenergie minimiert. Damit wird dem Ziel eines langfristig angelegten, leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen Rechnung getragen. Ferner wird der Ansatz des § 21 Abs. 2 EnWG, Anreize für eine effiziente Leistungserbringung zu setzen, konsequent angewendet.

4.2 Festlegung ist erforderlich und geboten

Bei der Entscheidung, ob die LRB von ihrem Aufgreifermessen Gebrauch macht, hat sie berücksichtigt, dass die Festlegung erforderlich und geboten ist, um den besonderen Umständen und Kosten der Netzbetreiber durch die Beschaffung von Verlustenergie Rechnung zu tragen.

Die LRB geht davon aus, dass mit der vorliegenden Festlegung zu volatilen Kosten eine sach- und interessengerechte Regelung vorliegt, die den Interessen des Netzbetreibers an Verlässlichkeit in der Kostenerstattung im Rahmen der ARegV Rechnung trägt.

Dies wird insbesondere dadurch gestützt, dass die Bundesnetzagentur die tatsächlichen Preise für die Beschaffung von Verlustenergie, die von den Verteilernetzbetreibern im Regelverfahren in Zuständigkeit der Bundesnetzagentur zum 30.06.2012 im Rahmen der Datenabfrage für die Bestimmung des Ausgangsniveaus für die zweite Regulierungsperiode übermittelt wurden, ausgewertet hat. Insgesamt wurde eine Stichprobe von 98 Einzelwerten herangezogen. Die Stichprobe wurde zusätzlich um Extremwerte bereinigt, indem Werte, die oberhalb der 2fachen Standardabweichung lagen, aus der Stichprobe entfernt wurden. Auf diese Weise wurden 7 Einzelwerte eliminiert. Auf dieser Datengrundlage ergab sich ein ungewichteter Durchschnitt für den Anteil des Baseload-Preises von 76% und 24% für den Anteil des Peakload-Preises.

Die Verlustenergiemenge wird auf den festgestellten Wert des Basisjahres 2011 fixiert. An § 27 Abs. 1 Nr. 6 StromNZV wird deutlich, dass ein Verfahren zur Bestimmung der Netzverluste und damit zur Bestimmung von effizienten Verlustenergiemengen geregelt werden kann. Demzufolge kann auch hier erst Recht eine Regelung der Mengenkompente zur Schaffung eines Anreizes geregelt werden. Dies ist gerade auch deshalb sachgerecht, da die Verlustenergiemenge mindestens langfristig durch den Netzbetreiber beeinflusst werden kann. Dadurch besteht für die Netzbetreiber der Anreiz, die Verlustenergiemenge weiter zu senken.

Weiterhin unterliegen die im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus gemäß § 6 Abs. 1 ARegV festgestellten Verlustenergiekosten des Basisjahres 2011 dem Effizienzvergleich nach § 12-14 ARegV.

Gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV werden mit dieser Festlegung somit ausreichend Anreize zu einem effizienten Verhalten geschaffen. Kostenänderungen können in effizienter Höhe in der Erlösobergrenze berücksichtigt werden.

4.2.1 Ausgestaltung der Festlegung zu volatilen Kostenanteilen (Tenor zu 1. und 2.)

Mit dem Tenor zu 1. und 2. wird das Verfahren zum Umgang mit den Kosten für die Beschaffung von Verlustenergie als volatile Kostenanteile festgelegt.

Gemäß § 11 Abs. 5 S. 2 ARegV gelten beeinflussbare und vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile, deren Höhe sich in einem Kalenderjahr erheblich von der Höhe des jeweiligen Kostenanteils im vorhergehenden Kalenderjahr unterscheiden, als volatile Kostenanteile, sofern dies die Regulierungsbehörde gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV festgelegt hat. Nach § 11 Abs. 5 S. 2 ARegV sieht der Verordnungsgeber insbesondere auch die Kosten für die Beschaffung von Verlustenergie grundsätzlich als volatil an. Auch in der Begründung zu § 11 Abs. 5 werden insbesondere die Verlustenergiekosten als Netzbetriebskosten, die starken Schwankungen unterliegen können, genannt (BR Drs. 310/10(B), S. 17). Die LRB sieht insbesondere die Preise für die Beschaffung von Verlustenergie als volatil an und gibt daher die nachfolgend dargestellte Methode zur Bestimmung der ansatzfähigen Kosten vor.

4.2.1.1 Modellbeschreibung

Der Verteilernetzbetreiber passt seine Erlösobergrenze gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 ARegV für volatile Kostenanteile nach § 11 Abs. 5 ARegV jeweils zum 01.01. eines Kalenderjahres selbstständig an. Entsprechend Anlage 1 zur ARegV passt er sie um die Differenz zwischen den Kosten der Verlustenergiebeschaffung des Basisjahres (VK_0) und den Verlustenergiekosten, die sich aufgrund der vorgegebenen Berechnungsmethodik ergeben (VK_t), an. Die Kosten gemäß der Berechnungsmethodik ergeben sich aus der Multiplikation des jährlichen Referenzpreises mit der ansatzfähigen Verlustenergiemenge, wie sie sich aus dem Erlösobergrenzenbescheid ergibt.

Referenzpreis

Aus einem 12-monatigen Zeitraum (01.07. bis 30.06.) wird jeweils für das Folgejahr auf Basis von Börsenpreisen ein durchschnittlicher Preis ermittelt. Der Referenzpreis RP_t für das Jahr t ergibt sich aus den durchschnittlichen Phelix-Year-Future-Settlement-Preisen des Zeitraums 01.07. $t-2$ bis 30.06. $t-1$ für das Lieferjahr t . Die Berechnung des Referenzpreises erfolgt anteilig aus dem Base-Preis (76%) und dem Peak-Preis (24%). Da im Rahmen der Analyse auf tatsächliche Preise für die Beschaffung von Verlustenergie abgestellt wurde, sind aus Sicht der LRB auch sämtliche so genannte Strukturierungskosten, die im Zusammenhang mit der Beschaffung von Verlustenergie stehen, abgedeckt. Im Übrigen geht die LRB davon aus, dass sonstige Strukturierungskosten in anderen Kostenpositionen im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus enthalten sind. Insofern ist für den in einigen Stellungnahmen begehrten Strukturierungsaufschlag kein Raum. Der Base- und der Peak-Preis errechnen sich aus dem (ungewichteten) Durchschnitt der an der European Energy Exchange AG (EEX) gehandelten und veröffentlichten Tagespreise

$$RP_t = 0,76 \cdot Base_t[01.07.(t-2);30.06.(t-1)] + 0,24 \cdot Peak_t[01.07.(t-2);30.06.(t-1)]$$

wobei

$$Base_t[01.07.(t-2);30.06.(t-1)] =$$

tagesgenauer (ungewichteter) Durchschnittspreis, aller im Zeitraum 01.07. $t-2$ bis 30.06. $t-1$ gehandelten Phelix-Year-Futures (Baseload) für das Lieferjahr t

und

$$Peak_t[01.07.(t-2);30.06.(t-1)] =$$

tagesgenauer (ungewichteter) Durchschnittspreis, aller im Zeitraum 01.07. $t-2$ bis 30.06. $t-1$ gehandelten Phelix-Year-Futures (Peakload) für das Lieferjahr t .

Ansatzfähige Menge

Die Verlustenergiemenge wird mit dem im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV anerkannten Wert des Basisjahres 2011 für die Dauer der zweiten Regulierungsperiode festgesetzt. Eine jährliche Anpassung der Mengenkompente findet nicht statt. In den Stellungnahmen wurde eine jährliche Anpassung

der Verlustenergiemenge, insbesondere aufgrund der gestiegenen Einspeisung aus dezentralen Erzeugungsanlagen, gefordert. Eine Überprüfung der Verlustenergiemengen der Jahre 2007 bis 2011 für Verteilernetzbetreiber im Regelverfahren hat allerdings keinen Hinweis darauf geliefert, dass ein Anstieg der Einspeisung aus dezentraler Erzeugung zu einem bedeutsamen Anstieg der Verlustenergiemengen führt. Um den Netzbetreibern einen Anreiz zu geben, die Verlustenergie weiter zu optimieren, hält die LRB es für sachgerecht, die Verlustenergiemenge auf den anerkannten Wert des Basisjahres 2011 zu fixieren.

Anpassung der Erlösobergrenze

Die Erlösobergrenze wird durch den Verteilernetzbetreiber jährlich um die Differenz D aus den im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus nach § 6 Abs. 1 ARegV festgestellten Verlustenergiekosten $KVE_{gen.}$ und den für das jeweilige Jahr ansatzfähigen Kosten angepasst:

$$D_t = RP_t \cdot M_{gen.} - KVE_{gen.}$$

Differenzen zwischen den tatsächlichen Beschaffungskosten und den ansatzfähigen Kosten darf der Verteilernetzbetreiber als Bonus behalten bzw. sind durch den Verteilernetzbetreiber als Malus zu tragen.

In einigen Stellungnahmen wurde vorgetragen, dass es sich um eine Art „Doppelbenchmarking“ handle, wenn die tatsächlichen Verlustenergiekosten im Effizienzvergleich nach §§ 12-14 ARegV Berücksichtigung fänden und zusätzlich eine Begrenzung des Referenzpreises während der Regulierungsperiode erfolge. Diese Auffassung ist insofern nicht zutreffend, als es sich um zwei verschiedene rechtliche Vorgaben handelt, die es zu beachten gilt.

Die Berücksichtigung des Referenzpreises dient dazu, zusätzliche Anreize gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4a ARegV zu geben. Die oben dargestellte Festsetzung des Referenzpreises stellt eine Beschaffungspreisobergrenze dar. Dagegen beeinflussen die tatsächlichen Verlustenergiekosten als Teil der beeinflussbaren und vorübergehend nicht beeinflussbaren Kostenanteile gemäß § 12-14 ARegV den Effizienzwert nach § 12 ARegV. Der festgesetzte Referenzpreis stellt somit keine Zielvorgabe in Sinne des Effizienzvergleichs dar, sondern legt vielmehr einen Beschaffungspreis für die Bewertung der Verlustenergiekosten fest, der, ähnlich wie beim Qualitätselement, zu

einem Bonus (Malus) beim Unterschreiten (Überschreiten) des Referenzpreises führt. Aufgrund der in dieser Festlegung gesetzten Rahmenbedingungen ist zudem gewährleistet, dass die im Rahmen des Gesamtkosteneffizienzvergleichs ermittelten Ineffizienzen in den Verlustenergiekosten durch Optimierung der Beschaffung oder der Mengen abgebaut werden können. Insofern steht die Berücksichtigung der Verlustenergiekosten im Effizienzvergleich dieser Festlegung der Verlustenergiekosten als volatile Kostenanteile nicht entgegen.

4.2.2. Ist-Abgleich (Tenor 3.)

Differenzen zwischen dem im Kalenderjahr entstandenen Kosten nach § 11 Abs. 5 ARegV und den diesbezüglich in der Erlösobergrenze enthaltenen Ansätzen sind, soweit dies in der Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 4a vorgesehen ist, gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV jährlich auf dem Regulierungskonto zu verbuchen.

Aufgrund der Ausgestaltung der volatilen Kosten für Verlustenergiekosten ist eine solche Differenzbildung nicht vorgesehen. Differenzen zwischen den tatsächlichen Beschaffungskosten und den ansatzfähigen Kosten darf der Verteilernetzbetreiber als Bonus behalten bzw. sind durch den Verteilernetzbetreiber als Malus zu tragen, wodurch der Anreiz zu einer effizienten Verlustenergiebeschaffung entstehen soll.

Die Netzbetreiber haben in der Anhörung angeregt, dass die LRB den Referenzpreis jeweils rechtzeitig vor dem 15.10. eines Kalenderjahres veröffentlicht. Diesem Anliegen wird die LRB Rechnung tragen.

4.2.3. Widerrufsvorbehalt (Tenor zu 4.)

Die LRB behält sich gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG den Widerruf dieser Festlegungsentscheidung vor. Dieser Vorbehalt soll insbesondere sicherstellen, dass neue Erkenntnisse berücksichtigt werden können, soweit dies erforderlich ist. Hiervon wird das berechtigte Bedürfnis des Netzbetreibers nach Planungssicherheit nicht beeinträchtigt, da solche Erwägungen in einem etwaigen Änderungsverfahren im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen sind.

4.2.4. Befristung der Festlegung (Tenor 5.)

Die Festlegung ist bis zum 31.12.2018 und damit für die Dauer der zweiten Regulierungsperiode befristet.

5. Kosten (Tenor zu 6.)

Für die in diesem Verwaltungsverfahren veranlasste gebührenpflichtige Amtshandlung wird auf der Grundlage des § 91 Abs.1 Satz 1 Nr. 4 EnWG, Abs. 6 Satz 1 Nr. 2, § 91 Abs. 8a i.V.m. Abs. 8 EnWG und § 2 des Landesgebührengesetzes vom 3. Dezember 1974, § 1 i.V.m. Nr. 7.4.2 der Anlage der Landesverordnung über die Gebühren der Behörden der Wirtschaftsverwaltung vom 25. Februar 2002 (WiVwGebV RP) in der jeweils geltenden Fassung eine Gebühr in Höhe von

139,00 Euro

(in Worten: Einhundertneununddreißig Euro)

erhoben.

Amtshandlungen der Regulierungsbehörde sind auf Grund des § 21a EnWG i.V.m. § 32 Abs.1 Nr. 4a ARegV gemäß § 91 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EnWG gebührenpflichtig.

Die Landesregulierungsbehörde kann für Amtshandlungen nach § 21a EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 ARegV, § 91 Abs. 8a, Abs. 8 EnWG i.V.m. § 1 der Landesverordnung über die Gebühren der Behörden der Wirtschaftsverwaltung Rheinland-Pfalz (Besonderes Gebührenverzeichnis) i.V.m. Nr. 7.4.2 der Anlage dieser Verordnung eine Gebühr in Höhe von 100 bis 15.000 Euro erheben. Die Bemessung der Gebührenhöhe liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde.

Gebührensschuldner ist nach § 91 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 EnWG derjenige, der durch Antrag die Tätigkeit der Landesregulierungsbehörde veranlasst hat oder derjenige, gegen den eine Verfügung der Landesregulierungsbehörde ergangen ist.

Die Höhe der Gebühr bestimmt sich nach dem personellen und sachlichen Aufwand der Behörde. Die Gebühr ist so zu bemessen, dass die mit den Amtshandlungen verbundenen Kosten gedeckt sind (§ 91 Abs. 3 EnWG).

Nach Abwägung aller maßgeblichen Gesichtspunkte ist die festgelegte Gebühr notwendig und angemessen.

Zahlungshinweise:

Die Gebühr ist unter Angabe des Aktenzeichens 8204-38 69 28 - EF62, des Datums der Kostenentscheidung und der Verrechnungsstelle Kapitel 0801 Titel 111 11, spätestens zwei Wochen nach Zustellung dieses Bescheides an die Landesoberkasse bei der Sparkasse Koblenz (BLZ 570 501 20), Konto-Nr. 72900 zu entrichten.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist die Beschwerde zulässig. Sie ist schriftlich binnen einer mit der Zustellung beginnenden Frist von einem Monat bei der Landesregulierungsbehörde Energie Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz, Stiftsstraße 9, 55116 Mainz, einzureichen. Zur Fristwahrung genügt auch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Koblenz, Stresemannstraße 1, 56068 Koblenz, eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat; sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss eine Erklärung enthalten, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie Tatsachen und Beweismittel enthalten, auf die sich die Beschwerde stützt. Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Krüger